

# Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druckerei: Nachrichten Dresden.  
Verleger: Sammelnummer 25 241  
Zur für Nachgeprägtheit: 20011.

Bezugs-Gebühr in Dresden und Vororten bei täglich zweimaliger Zustellung aber durch die Post im täglich zweimaligen Vororten monatlich 21,- Sil., vierstündiglich 63,- Sil.  
Die einfachste 12 aus drei Teile 5,- M., zw. Raumvermietungen, Anzeigen unter Stellen- u. Wohnungsnachricht, Telefonische An- u. Verkäufe 25,-, Belegschaftsliste mit Post, Auswärtige Anfragen gegen Vorortenbestellung. Einzelnummer 1 M.

Schriftleitung und Kaufgeschäftsleitung:  
Marienstraße 38/40.  
Druck u. Verlag von Leipzig & Reichardt in Dresden.  
Postleitzahl-Konto 1068 Dresden.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe ("Dresdner Nachr.") gestattet. — Unerlaubte Schriftliche werden nicht aufbewahrt.

**Max Glöss Nachf.**

Moritzstraße 18.

Beleuchtungskörper, Elektrische Platten,  
Kochtopfe, Schütte - Lanz - Kochplatten.

**Schloß-Konditorei Weber**  
Schloßstraße 19  
(neben Alte Feuerwache)  
Erstes Tages-Café mit seinen Konditorei-Spezialitäten

**Schokolade**  
**Deutschmeister**  
wirklich  
hervorragende Qualität  
Petzold & Auhorn A.-G., Dresden

## Bor der Auflösung des Landtags?

### Ein Antrag der Deutschnationalen und der Deutschen Volksparciei.

In der heutigen Sitzung des Landtags ließ Abg. Blüher (D. Vp.) mit, daß die Fraktionen der Deutschnationalen und der Deutschen Volksparciei den Antrag auf Auflösung des Landtags gestellt hätten, weil sie glaubten, daß die unhalbaren Zustände, die sich heute wieder gezeigt hätten, nur durch Neuwahlen beseitigt werden könnten. Sie schließen vor, über den Antrag morgen, Donnerstag, abzustimmen und hielten sich für verpflichtet, sofernweise schon jetzt davon Kenntnis zu geben.

Die demokratische Fraktion gab eine Erklärung ab, wonach sich aus der Ablehnung des Antrags die Notwendigkeit ergäbe, eine Umbildung der Regierung zu versuchen und erst, wenn dieser Versuch mißlinge, den Landtag aufzulösen.

Mit dem Antrage der beiden Rechtsparteien auf Auflösung des ländlichen Landtages hat die ländliche Rechte ihren festen Entschluß bekannt gegeben, ganze Arbeit zu leisten und dem jammervollen Posenpiel in unserem Landtag endgültig ein Ende zu bereiten. In allen wichtigen Fragen in die große bürgerliche Minderheit sowohl im Landtag wie in den Ausschüssen mit einer oder zwei Stimmen Mehrheit niedergeschlagen und vergewaltigt worden. Alle bürgerlichen Vorstände sitzen unter den Tisch, und mit den zwei Stimmen haben die Kommunisten, ohne eine Spur von Verantwortung zu tragen, trotz ihrer verblüffend geringen Fraktionsstärke eine Herrschaft über das ganze ländliche Volk ausgerichtet, dessen Interessen dadurch, daß sich Mehrheitssozialisten und Unabhängige aller kommunistischen Sondermünzen auf Gnade und Ungnade ausspielen haben, schmählich misshandelt wurden. Wer kennt nicht das Komödienpiel im Ständehaus, das sich immer wiederholt, wenn die Genossen vor irgendeiner wichtigen Abstimmung feststellen müssen, daß einer der Ihren auftaucht, daß nämlich die gesamte Linke panikartig in Massenschlacht den Saal verläßt und einem ausdrücklichen Droschken die Aufgabe überträgt, die Beschlusshabilität des Hauses anzusiedeln. Fürwahr echter Parlamentarismus! Wenn aber einmal die Schar der widerren Streiter zusammen ist, kommen solche unglaublichen Beschlüsse auf, wie der in der letzten Landtagssitzung, den 1. Mai und 9. November als gefährliche Feiertage einzuführen, um den Sozialisten zu ermächtigen, dem Volk diese Tage danach ins Gedächtnis zurückzurufen, die für die große Mehrzahl des Volkes die Schwärze in der Geschichte darstellen. Der 1. Mai als der Tag der Massenpropaganda für Alkoholismus, Proletariats herrschaft und Unterdrückung der bürgerlichen Freiheit des deutschen Volkes, der 9. November als Tag tiefster nationaler Schwach und Ausgangspunkt all der unlängst Leiden, Erfahrungen und Auslauungen, die die heute unter Volk an den Rand des Abgrundes gedrückt haben. Niemals können sich die bürgerlichen Parteien mit einer derartigen Brüderlichkeit des Volkes abfinden, und darum entsprach es nicht nur der Meinung weitester Kreise der Bevölkerung, sondern auch dem demokratischen Regierungsprinzip, noch dem wir angeblich bewußt regiert werden sollen, wenn der deutschnationale Abgeordnete Wagner den Entschluß der bürgerlichen Parteien ankündigte, über diese Frage dennoch nach der Verfassung zulässigen Volksentscheid herbeizuführen.

Wenn nun die beiden Rechtsparteien den Antrag auf Auflösung des Parlaments eingereicht haben, so kommt diesem Vorgehen gerade mit Rücksicht auf die Volksentscheidankündigung zweifellos eine viel weiter gehende Bedeutung zu als die eines rein demonstrativen Schrittes, die man nach den unheilvollen Mehrheitsverhältnissen im Landtag erwarten könnte. Nicht daß ist das Entscheidende, daß der Antrag natürlich in der Donnerstag-Sitzung abgelehnt wird, sondern die Tatsache, daß die bürgerlichen Parteien zweifellos nach diesem bereits heute feststehenden Abstimmungsergebnis nicht nur in bezug auf die Revolutionsfeiertage, sondern auf die ganze politische Geschäftsgewerbe des Landtages mit seinen auf die Dauer unhalbaren Mehrheitsverhältnissen den Entschluß des ganzen Volkes herbeiführen wollen, wozu ihnen die ländliche Verfassung die geeignete Handhabe bietet. Nach Artikel 30 der Verfassung ist ein Volksentscheid über ein Gesetz oder die Auflösung des Landtages dann von der Regierung herbeizuführen, wenn ein Zehntel der Stimmberechtigten der letzten Landtagswahl die Auflösung oder die Einbringung eines Gesetzes begehrten. Dieses Volksbegehrten ist auch dem Landtag vorzulegen, der es dadurch hinfalls machen kann, doch er kann entsprechen. Zu einem Volksentscheid ist ferner nach den Verfassungsbestimmungen die Beteiligung der Hälfte der Stimmberechtigten und die Mehrheit der Abstimmenden erforderlich. Das die beiden Rechtsparteien willens sind, von dem Rechte des Volksentscheids auch über die Landtagsauflösung Gebrauch zu machen, kann nach der klaren Ankündigung des Abgeordneten Wagner in die Frage der Feiertage nicht mehr fraglich sein, da sonst der ganze Antrag im Landtag keinen

praktischen Zweck hätte. Mit einer Abstimmung über die Landtagsauflösung würde aber in den dann zu erwartenden Neuwahlen auch die Frage der Revolutionsfeiertage selbstverständlich eine andere Regelung erfahren, als dies unter kommunalisiertem Diktat jetzt erfolgt ist.

Es kristallisiert im ländlichen Landtag, es kristallisiert aber auch in der ländlichen Regierung. Das hat die Ablehnung des Justizstaats in der Mittwochssitzung des Landtages gezeigt. Der Justizminister hat dadurch ein Misstrauensvotum befohlen, wenn auch ein genau formulierter Misstrauensantrag nicht vorgelegen hat. Was nun zu tun ist, weiß weder die Regierung, noch die bürgerlichen Mehrheitsparteien; denn wenn auch die Kommunisten angeblich das Gehalt für den Justizminister — in unserer heutigen Regierung wohl die Hauptfäche? — bewilligen wollen, so ist doch eine ordnungsgemäßige Führung der Justizgeschäfte somit unmöglich geworden. Dadurch allein zeichnet sich schon eine Regierungskrise ab, noch ehe das energetische Vorgehen der beiden Rechtsparteien wirklich werden kann. Aus dieser Tatsache ist auch der demokratische Antrag zu erläutern, der durchaus noch nicht, wie es auf den ersten Blick den Anschein haben kann, ein Abdrücken von den Rechtsparteien bedeutet. Dieser Antrag kann nur ein allerding wenig aussichtsreicher Versuch sein, die ungeheuerlichen Verhältnisse im Landtag mit der Bergewaltigung aller bürgerlichen Interessen noch im leichten Augenblick durch eine Umwidmung der Regierung, die den bürgerlichen Ansprüchen gerechter wird, ohne neuen Wahlkampf zu erreichen. Dieser Berlin aber würde eine Wiederholung des Trauerspiels sein, wie es sich bei der Suche nach einer Mehrheit vor dem Sitzfinden der Linken abspielen, und würde außerdem noch keine Gewähr dafür bieten, daß der auch von den Demokraten verabschiedete Brand, die bürgerlichen Parteien in allen Nationalitätsfragen niedergeschlagen würden. Ohne Volkspartei dürfte es den Mehrheitsparteien nicht gelingen, eine Regierungsmehrheit zusammenzutragen, da Demokraten wie Unabhängige nichts voneinander wissen wollen. Da sich voransichtlich Schichten dieses Berichts aber muss auch die Demokraten und den Zentrumsveteranen auf den einzige richtigen Weg führen, der roten Gewalttäterschaft im ländlichen Parlament ein für allemal ein Ende zu bereiten. Das ländliche Volk in dieses unerhörten Terrors unter der Masse des Parlamentarismus überdrüssig und wird, wenn es wiederum aufgerufen wird, dem roten Sachsen ein besseres Gesicht geben.

### Deutsche Vorbereilungen für Genua.

Berlin, 5. April. Heute vormittag fand unter Vorführung des Reichspräsidenten ein Ministerrat statt, der sich nach dem "Aktivitäts-Abendblatt" mit dem Programm für Genua beschäftigte haben soll. Von dem eigentlichen Programm kann wohl nicht die Rede sein, sondern nur von allgemeinen Richtlinien für die Sachverständigen. Da sich noch nicht übersehen läßt, wie sich die Dinge in Genua entwickeln werden, mythen bei den Besprechungen innerhalb der Reichsregierung natürlich alle Eventualitäten ins Auge gelassen werden. Für uns kann das zu erreichende Ziel nur eine Revision der Reparationsleistungen sein, die gleichzeitig im Interesse des wirtschaftlichen Wiederaufbaues von ganz Europa liegt.

Es ist fraglich, ob die Antwort der deutschen Regierung auf die Note der Reparationskommission noch in dieser Woche überreicht wird.

Berlin, 5. April. Im Auswärtigen Amt fand unter Vorführung des Staatssekretärs v. Simson heute nachmittag eine Besprechung mit den von der Regierung berufenen Sachverständigen über die mit der Konferenz von Genua zusammenhängenden Fragen statt. Die Besprechung waren am Vormittag die Beratungen von drei Unterkommissionen vorangegangen, die sich mit Fragen wirtschaftlicher, finanzieller und verkehrstechnischer Natur befaßt hatten.

### Poincarés Besürchungen.

Paris, 5. April. "L'Europe" berichtet: Poincaré besucht, daß Lord George in Genua verlangen werde:

1. Sofortige Anerkennung der Sowjetregierung.
2. Belärmung der polnischen Streitkräfte.
3. Herausgabe der Rüstungen zu Lande.

4. Einlegung einesständigen Obersten Rates, in dem Deutschland mindestens beratende Stimme haben würde.

Wegen dieser Besorgnis habe die italienische Regierung Poincaré vorschlagen, vor Eröffnung der Konferenz eine Versammlung zwischen den Vertretern der drei alliierten Großmächte abzuhalten. Poincaré habe aber geantwortet, er genehmige die kleinen kleinen Überlässe nur unter der Bedingung, daß er vorbereitet sei und daß er unter seinem Vorwande nach Eröffnung der Konferenz weiter bestrebe. Das Blatt sieht hinzu, es sei ironisch, daß am Vortag des Kongresses des europäischen Friedensgeburt die französische Politik den Eindruck erwecke, von Mithrauen geleitet und von Furcht beherrscht zu sein. (W. T. B.)

### Frankreich für Unverbindlichkeit der Genuener Beschlüsse.

Paris, 5. April. Davos meldet aus den Wandergängen der Kammer, daß sich der gestrig eingesetzte Kabinettsrat lange mit der Genuener Konferenz beschäftigt. Die von der Konferenz getroffenen Entscheidungen sollen nach Meinung der französischen Regierung nur den Charakter von Empfehlungen an die Regierungen haben und keine Beschlüsse darstellen, die die an der Konferenz teilnehmenden Mächte zu endgültigen Beschlüssen verpflichteten. (W. T. B.)

### Die Bedingungen für die deutschen Auslandsanleihen.

Paris, 5. April. Im Aufschluß an einen am 2. März veröffentlichten Bericht teilt die Reparationskommission einen am 4. April geführten Beschuß mit, der besagt, es werde ein Sachverständigenausschuß den Auftrag erhalten, über die Bedingungen Bericht zu erläutern, zu welchen die deutsche Regierung im Auslande Anleihen aufnehmen könnte. Der Ausschuß werde vor allem folgende Punkte zu bearbeiten haben:

1. Die Fragen, unter welchen Bedingungen die Anleihen angenommen werden können und welchen Beitrag man vernünftigerweise in naher Zukunft, etwa im Laufe der beiden nächsten Jahre, aufzubringen haben könnte.

2. Welche Garantie der ewigen Geldleihern geboten werden können, ohne die künftigen Reparationsinteressen ungebührlich zu schädigen.

3. Den Kontroll- und Bewertungsmodus für die Einnahmen und andere Aktiva, die für den Anleihenbetrieb zu verwenden sind, sowie die zwischen der deutschen Regierung, den Vertretern der Geldleihern und der Reparationskommission herzustellenden Beziehungen.

Der Sachverständigenausschuß — führt der Bericht fort — werde Gutachten von Neuwalter, Londoner, Pariser, römischen, Brüsseler, Amsterdamer, Berner, Berliner und österreichischen einholen, die in der Entwicklung von Staatsanleihen praktische Erfahrungen besitzen. Dieser Ausschuß würde er sich bei der Aufstellung eines praktischen Entwurfs bedienen, zu der die Zustimmung des deutschen Regierung und der Reparationskommission einholen werden soll.

Der Sachverständigenausschuß wird sich wie folgt zusammensetzen: Vorsitzender der belgischen Delegation bei der Reparationskommission Delacroix; hervorvertretender Vorsitzender der zweiten italienischen Delegation bei der Reparationskommission D'Ameglio, ein von der deutschen Regierung ernannter Vertreter, je ein sachverständiges Mitglied von Frankreich, England und den Vereinigten Staaten, sowie aus einem Lande, das nicht am Kriege teilgenommen hat. Der neutrale Vertreter wird nach dem Entwurf von der Reparationskommission auf gemeinsamen Vorschlag des Vorsitzenden des Sachverständigenausschusses Delacroix und des deutschen Vertreters ernannt. (W. T. B.)

### Ein nochmaliger Vermillungsversuch Calanders.

Genua, 5. April. Das Völkerbundessekretariat erlässt folgende amtliche Mitteilung: Der Präsident der deutsch-polnischen Konferenz Calander hat die beiden Bevollmächtigten zu einer Besprechung eingeladen, um in der dritten Frage der Liquidation des deutschen Weißes in Polen und Österreich einen letzten Versöhnungsversuch vorzunehmen. Diese Besprechung soll am Sonnabend, den 8. April, vormittags stattfinden. Falls dieser letzte Versuch fruchtlos verläuft, wird Herr Calander die beiden Bevollmächtigten zu einer öffentlichen Sitzung im Völkerbundessekretariat auf Mittwoch, den 12. April, 11 Uhr vormittags, einberufen und in dieser Sitzung seinen Schiedspruch bekanntgeben. Damit können die Verhandlungen als abgeschlossen gelten und es würden nur noch die redaktionellen Arbeiten zu beenden sein, an denen der damit betraute Ausschuß eifrig arbeitet. (W. T. B.)

### Der Reichspräsident zum Grenzleistungsbetrag an der Weichsel.

Königsberg, 5. April. Durch den ostpreußischen Verteidiger beim Reichs- und Staatsministerium wurde dem Reichspräsidenten eine Entschließung der nach Berlin entsandten Deputation in Sachen der deutsch-polnischen Weichselgrenzausleseung übergeben. Der Reichspräsident hat nun dem ostpreußischen Vertreter ein Schreiben angeboten, in dem er heißt: Ich freue mich, daß die Verhandlungen mit den Reichs- und Staatsräten zur Rücksicht verlaufen sind, und ich bitte Sie, der Deputation die Verfassung zu übermitteln, daß die Reichsregierung nicht aufzören wird, mit allen Kräften unter Recht auf die bedrohten Weicheldörfer zu verfechten. Die Bande, die die Preußen mit dem übrigen Deutschland verknüpfen, sind unverzweigbar.

### Der britische Standpunkt zu den Überwachungs-Ausschüssen.

London, 5. April. Der Londoner Delegationsrat von W. T. B. erklärt, daß der in der Weichselkonferenz in Paris vertretene britische Standpunkt in der Krise der interalliierten Überwachungsausschüsse für das Landheer, die Seemacht und die Luftfahrt Deutschlands unverändert der sei, daß nach dem Monat Mai d. J. die bis auf wenige eingeschränkt, von den Alliierten selbst bestimmten alliierten Überwachungsausschüsse für das deutsche Landheer und die deutsche Luftfahrt beibehalten werden müssen. Die britische Ansicht ist, daß dadurch die deutsche Regierung, wenn von irgend einer Seite der Vorwurf erhoben werden sollte, daß Deutschland im geheimen rüste, nichts in der Sache sein würde, sich zur Widerlegung solcher Behauptungen auf die Überwachungsausschüsse zu berufen. Für die Überwachung der deutschen Seemacht nach dem Monat Mai des Jahres sei nach Ansicht der britischen Regierung durch Art. 218 des Friedensvertrages genügend Vorlage geöffnet. (W. T. B.)

## Die Vorbereitungen für Genua.

Paris, 5. April. Dasas meldet: Von bestätigt jetzt, daß die italienische Regierung vorgesehen den Mächten, die die Konferenz von Genua beschlossen haben (Frankreich, England, Italien und Belgien), den Vorbericht macht, eine Konferenz zu abhalten, um sich über die auf der Konferenz zu ergriffenden Maßnahmen zu beraten. Diese Zusammenkunft wird ohne Spezial am Sonntag nachmittags oder Montag vormittags stattfinden, da die französischen Delegierten nicht vor Sonntag in Genua eintreffen können. Die Beiprechung wird nicht die Form einer Beiprechung des Obersten Rates haben. Wenn im Verlaufe der Konferenz die alliierten Mächte sich verständigen sollten, wird man französisches Interesse auf der Teilnahme von Vertretern der kleinen Entente (Rumanien, Griechenland und Polen) bestehen.

## Glied Georges Bedingungen für die Anerkennung Sowjetrusslands.

London, 5. April. Aus der Rede Glied Georges wird noch hervorgehoben, daß er folgende Bedingungen für die Anerkennung Sowjetrusslands vorschlägt:

1. Übernahme der Verantwortlichkeit für die russischen Kriegs- und Nachkriegsschulden.

2. Zurückgabe des Besitzums des freudens Staatsangehörigen, das in Russland konfisziert oder zerstört wurde.

3. Einziehung eines unparteiischen Gerichtshofes, zu dem Angehörige aller Länder Auftritt haben, der jedoch keine ausführende Gewalt besitzen darf.

4. Sowjetrussland darf keine aggressive Handlungen gegen seine Nachbarn unternehmen und muss die Angriffe auf Einrichtungen in andern Ländern einstellen.

Glied George erklärte, er denke an eine Probezeit, wie sie Deutschland nach dem Friedensschluß durchgemacht habe. Deutschland habe zunächst nur Reichsträger für die alliierten Völker ernennen können, erst später Gewandte. So könne man auch mit Russland verfahren.

## England verlangt Zinsen von Frankreich.

London, 5. April. Neuter meldet aus Paris: In britischen Kreisen werde bestätigt, daß das Londoner Kabinett nach Paris eine Note gesandt habe, worin die französische Regierung davon in Kenntnis gesetzt wird, daß der französisch-britische Dreijahresvertrag der demnächst ablaufe, und nach dem Frankreich an Großbritannien keine Zinsen für die geleisteten Beträge zahle, nicht erneut wird. (W. T. B.)

## Italiens Haltung in Genua.

Rom, 5. April. Die Kommercausschüsse für Finanzen und auswärtige Angelegenheiten traten zu einer gemeinsamen Sitzung zusammen, in welcher der Minister des Außenwesens Schanzer, wie die Blätter meidten, Aufklärungen über die Organisation der Genua-Konferenz gab. Hinsichtlich der Haltung der italienischen Regierung auf der Konferenz sagte er: Italien werde keine Politik des Friedens und der Zusammenarbeit als Grundlage für die Wiedervereinigung des wirtschaftlichen und finanziellen Gleichgewichts in Europa fortsetzen. Alldamals gab der Minister Erklärungen über die zwischen England und Frankreich in Boulogne verabredeten Einrichtungen des Programms. Sie lügten auf eine Revision der Verträge auf die Reparationen und auf die Abrechnung bezüglich, worüber in Genua nicht geworden werden sollte. Selbst die Schuldens- und Kreditstage werden nicht erörtert werden können. Auf eine Ausfrage, ob die letzte Entscheidung der Reparationskommission nicht eine Einschränkung der Souveränität Deutschlands darstelle, erklärte der Minister, die Kommission habe Deutschland nur den Rat gegeben, sein Budget in Ordnung zu bringen. Dieser Rat habe nicht den Charakter eines Ultimatums.

## Die beschränkte Handlungsfreiheit der französischen Delegation.

Paris, 5. April. Wie der "Petit Parisien" mitteilt, ist im gestrigen Kabinettbericht festgestellt worden, daß die französische Delegation, die sich nach Genua begibt, keine unbedingte Vollmacht besitzt und daß sie für die Entscheidungen, die sie zu treffen hat, lediglich bei der Regierung antragen soll. Aus diesem Grunde verlangt der "Petit Parisien", die Regierung möge erklären, ob Frankreich nach Genua gehe, um sich gewissermaßen unbedingte Jurisdiktionsaufsicht auszuzeigen.

## Besprechungen über die Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion.

Berlin, 5. April. Heute nachmittag fand beim Reichspräsidenten eine Beiprechung von Vertretern der Landwirtschaft mit Mitgliedern der Reichsregierung über die Fragen der Förderung und Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion statt. Seitens der Reichsregierung nahmen an der unter dem Vorstoß des Reichsministers abgehaltenen Sitzung der Reichskanäler, der Reichsernährungs- und der Reichsfinanzminister und Staatssekretär Dr. Orlitz, ferner vom Reichsausbau der deutschen Landwirtschaft Edler von Braun, Dr. Möllsche, von Alting, von der Reichsbaubegrenzungsbund land- und forstwirtschaftlicher Arbeitgeber und Arbeitnehmervereinigungen Schurz, Behrens und Schmidt teil. Es wurden die Grundlagen für die Durchführung des vom Reichsausbau der deutschen Landwirtschaft angezeigten Hilfswerkes der deutschen Landwirtschaft in eingehender Ausprache erörtert. Die zu diesem Zwecke zu treffenden gesetzlichen und Verwaltungsmaßnahmen werden auf Grund der vorentliegenden Befriedungen von den autoritären Faktoren im Benehmen mit den Vertretern der deutschen Landwirtschaft abhängig vorbereitet werden. (W. T. B.)

## Graf Verchenfeld über die wirtschaftliche und politische Lage.

München, 5. April. In einer Rede zum Staat erklärte Ministerpräsident Graf Verchenfeld im bayerischen Landtag, er glaube nicht, daß die wirtschaftliche Entwicklung bereits ihren Höhepunkt in Deutschland erreicht habe. Er meinte vielmehr, daß wir österreichische Autarkie entgegengegangen, solange das Reich gezwungen sei, den Ressourcenlauf fortwährend zu erhöhen. Er würde sich weiter gegen das Märchen, daß Bayern ein politischer Schlupftank für Verbrecher sei, verteidigen. Die Regierung werde alle Staatsbürokrat schicken, also auch die jüdischen, aber eine Einwanderung ist jüdischer Elemente sei auf jeden Fall zu verbieten. An den auswärtigen Fragen erklärte er, der übermächtige Einfluß, den die französische Politik in der Welt habe, sei die größte Gefahr für das Deutsche Reich. Dan durch mich nicht wundern, wenn unter den gegenwärtigen Verhältnissen keine Friedensstimmung aufkommen will. Zur Wiedereröffnungsfestrede erklärte er, daß die bayerische Regierung den Standpunkt vertrete, daß es unmöglich sei, sich dem Diktat der Reparationskommission zu unterwerfen. Durch die von dieser hervorgerufenen Verschlechterung der Wirtschaft müssen ihre Folgen wieder auch die Aufnahme einer Auslandsschulden unmöglich. Die Steuerforderungen der Entente würden außenpolitisch eine Mediatisierung des Deutschen Reiches und innerpolitisch eine Entzweiung der Regierung bedeuten. Die Landespolizei, die für die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung ein brauchbares und zuverlässiges Instrument ist und bleiben muß, dürfen wir uns nicht aus der Hand schlagen lassen. Deshalb gilt es, im Bewußtsein des Rechts und der gutgläubigen Erfüllung der übernommenen Pflichten einzuhören und stark zu sein. Gleichzeitig aber ist dem Ausland gegenüber mit Rücksicht und Sachlichkeit aufzutreten. Hieraus ergibt sich aber auch die Notwendigkeit, auf dem Wege der Verhandlungen fortzuschreiten. Die Rede wurde wiederholt von Begrüßung und Beifall begleitet.

## Die Aussprache zur Rede Rösters.

(Drucksellung unserer Berliner Schriftleitung)

Berlin, 5. April. Der Reichstag legte heute bei der zweiten Sitzung des Reichsministeriums des Innern die allgemeine Aussprache fort. Verbunden damit wurde eine deutschnationale Interpellation über die Bekämpfung der Schund- und Schulunterricht. — Abg. Dr. v. Kardorff (D. Bp.): Der sachliche Teil der geistigen Rede des Ministers war etwas mager. Es wäre besser gewesen, wenn der Minister nach mancher Richtung hin sich einer etwas größeren Reserve bekleidet hätte. (Sehr richtig rechts.) Dem neuen Staate wird er durch diese Rede keinen Dienst erweisen. Die Neuerungen der Auslandssdeutschen gegenüber dem neuen Symbol des Reiches lehnen und, das durch den Beschluss in Weimar getroffene Prinzip der Toleranz unseres Volkes verletzt wurden. Wir haben immer erklärt, daß uns die Einigkeit des Volkes zwangsläufig höher steht als der Kampf um die Staatsform. Gegen eine einseitige Propaganda, wie sie der Minister mit seiner Rede betrieben hat, legen wir Verwahrung ein. Im "Götzen Edikt" sagt der Reichspräsident Böe über schlechte Belebung des Hauses, mangelnde Konzentration und schlechten Ton. Ich bedaure es außerordentlich, daß die Verhandlungen dieses Hauses auf das heutige Niveau

gleichzeitig ließgelegt werden, daß dem Beamten ein Streitrecht nicht angetragen. Beobachtung und Ausstellung mit Witwens und Wallenbergsorgung ist unvereinbar mit einem Streit. (Rechts. Beifall rechts.) Die Verfassung erklärt die Beamten für unschuldige der Gesamtheit, nicht einer Partei. In unseren Händen liegt das Schicksal Deutschlands. Mögen wir das nicht vergessen und uns hier daran erinnern, und wenn die Geschichte dieser Tage geschrieben wird, möge man uns im Reichstag dann das Zeugnis ausschreiben, daß wir doch die Wege ertritten einer neuen Zukunft unseres Volkes gewesen sind. (Beifall.)

Reichsminister des Innern Dr. Röster: Einen Vorwurf des Herrn v. Kardorff muß ich sofort widerlegen, und zwar mit Zahlen, weil es sich um eine Bevölkerung handelt, die unter der Fremdherrschaft leidet. Herr v. Kardorff hat behauptet, daß in der Rotstandaktion für die Oberherrschaft noch kein Pfennig ausgezahlt worden ist. Ich stelle fest, eine Entschädigungszahlung ist rechtlich unmöglich, solange nicht geklärt ist, ob wir oder die Entente für die Auswirkungen der Kriegshandlungen verantwortlich sind. Also konnte es nur um eine Rotstandaktion handeln. Dafür sind 100 Millionen ausgezahlt worden. 70 Millionen sind bereits bar ausgezahlt und der Rest in der Auszahlung bearbeitet.

Abg. Dr. Bachofen (Dem.): Gehen einen Wechsel der Reichsminister haben wir uns gewünscht aus Gründen, die heute noch zutreffend sind. Hört! Hört! rechts.) Aber nachdem die Entscheidung gefallen ist, handelt es sich nicht mehr um Parteiarbeiten, sondern um Fleißarbeiten, an die sich auch die Anhänger des alten Systems gewöhnen müssen. Notwendig sei auch eine Änderung des Wahlrechtes, da wir nichts wüssten, ob wir nicht bald vor einer neuen Krise ständen.

Abg. Dr. Böles (Unabh.): erklärte, mit Sehenswerten Ergebnissen habe die Wiederaufbau der Reichsministerien gehandelt. Wir dürfen nicht das physische Moment beim Wiederaufbau unseres Volkes so sehr in den Vordergrund stellen. Der totalitäre Imperativ muß ausschlaggebend sein für den Wiederaufbau, das: Was soll ich, nicht das, was ich will. Ein organischer Wiederaufbau ist nur in einer Gemeinschaft aller Stände möglich. Dem Prozeß des Reichsministeriums des Innern gegen die Hordenungen der Entente noch einer weiteren Verminderung unserer Polizeikräfte schließen mir uns vorbehaltlos an.

Reichsminister des Innern Dr. Röster:

Die beobachteten sittlichen Zustände unseres Volkes sind eine unmittelbare Folge des Krieges. Die gemeinkostenlichen Bilder werden hergestellt unter Verantwoortung deutscher Männer und Frauen auf Veranlassung reicher Ausländer, die dann diese Bilder, wenn sie ihnen noch nicht gemein geworden sind, für billiges Geld in Deutschland verkaufen. Wir müssen die Produktion und die Vermittlung lassen und die Konsumenten schützen. Gegenüber den Produzenten kommen wir mit neuen Gesetzen nicht weiter. Das wichtigste ist, in den Konsumtions die Abwendung gegen Schmutz und Schund zu stärken. Einige Worte des Abg. v. Kardorff zur Beamtenpolitik

sagen ich unterschreiben. Der Beamte muß ein Diener der Allgemeinheit sein. Er hat auch nicht das geringste Recht, auf seine Untergebenen irgendwie parteipolitisch einzuwirken. Wir sind dabei, die Frage gleichmäßig mehr zu klären, als es bisher der Fall war. Die Beamten haben die Pflicht, nicht nur Diener der Republik zu sein, sondern wenn sie angegriffen wird, sie auch zu verteidigen. Ein kurzes Wort zur Sparpolitik. Unter den heutigen Verhältnissen erscheint mit die Errichtung eines Reichsgeheimheitsministeriums als un durchführbar, aber im Auge behalte ich die Angelegenheit. Dem Abg. v. Kardorff ist es ja vielleicht bald oder später vergönnt, sich im Reichsministerium des Innern selbst an allen diesen Fragen zu erproben. Wir sind nicht herrschaftlich und haben gar nicht die Absicht, eine Reichschaubewaltung zu schaffen. Die Väter, die großen Werte auf ihre Hände legen, kommen von selbst zu uns mit der Bitte um einheitliche Regelung mancher Fragen des Schulwesens. Das Verprechen der Autonomie hat der Reichstag überreicht gegeben. Die Reichsregierung wird bei diesem Ver sprechen bleiben.

Abg. Roemer (Kom.): behauptete, die militärische Einrichtung der Polizei und der Technischen Polizei verhindern den größten Teil des Staats. — Nach seinen Ausführungen wurde die Beratung abgebrochen. Am ersten und zweiten Februar wurde dann noch debattiert der Handelsvertrag mit Jugoslawien angenommen.

Das Haus vertrug sich dann auf Donnerstag 1 Uhr: Kleine Vorlagen, Haushalt des Innern und Auswärtigen. Anträge.

## Segerwald über Arbeitnehmer und Staat.

Köln, 5. April. In einer vom Deutschen Gewerkschaftsbund, Ortsgruppe Köln, veranstalteten und stark besuchten Verkammertag sprach der frühere preußische Ministerpräsident Stegerwald über das Verhältnis der Arbeitnehmer zu Staat und Wirtschaft. Er sagte u. a.: In Zukunft müßten die deutschen Volksgenosse nicht mehr das Trennende, sondern das Suchen, was sie wieder zusammenbringe. Vor allem müsse alles ausgetragen werden, um die Reichseinheit zu sichern. Nicht der Klassenkampf oder die ausländischen Arbeiter könnten unsere Kosten vermindern, sondern nur ein in allem Entscheidenden einheitliches deutsches Volk, welches die Parteilisten hinter die des gesamten Volkes setze. Die Arbeitnehmer dürften sich nicht nur als Lohn- oder Gehaltsempfänger, sondern als gleichberechtigte Staatsbürger betrachten, die vom Staat nicht nur zu fordern, sondern ihm auch etwas zu geben hätten. Anderseits sei es unabdingt notwendig, daß dem deutschen Staat endgültig ein hartes soziales Vertrage gegeben werde, in dem die breitesten Volkschichten bei der Staatsführung mitwirken. Eine Kernfrage unserer zukünftigen Politik sei die Krise der Ernährung. Aus der Landwirtschaft müßten erhöhte Ernährung als bisher herausgeholt werden. Das Partikelweise könne nicht so weiter gehen, wie es ist, weil die Parteien, vor allem die Koalitionsparteien, vor völlig neuen Aufgaben ständen.

## Rückgang der Konkurrenzfähigkeit der deutschen Industrie?

(Eigner Drucksellung der "Dresdner Nachrichten")

Amsterdam, 5. April. In letzter Zeit weisen Statistiken der verschiedenen europäischen Länder auf die Tatsache hin, daß die deutsche Konkurrenz stark im Abnehmen begriffen sei und dadurch die Industrien anderer Länder, deren Wirtschaft ebenfalls unter Partikularismus, lebhafter befähigt sind. In einer der letzten Ausgaben des "American Exporter" wird diese Aussicht, was Amerika betrifft, bestätigt. Es heißt darin, daß die Vertretung der deutschen Exportwaren und die langen Zeiten und unzureichenden Lieferzeiten dazu geführt haben, daß die östlichen Länder mehr und mehr nach anderen Ländern als Deutschland verheben würden. Auch der größte holländische Exporthäuser befürchtet diese Krise und erklärte dazu, daß gerade in den letzten beiden Monaten die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Industrie leichter nachgelassen habe.

## Rücktritt des portugiesischen Kabinetts.

Madrid, 5. April. Die Blätter melden aus Lissabon: Das gesamte portugiesische Kabinett sei infolge der Demission des Kriegs- und des Landwirtschaftsministers zurückgetreten. (W. T. B.)

## Annahme des Reichsschulgesetzes im Auschuß.

(Drucksellung unserer Berliner Schriftleitung)

Berlin, 5. April. Im Bildungsausschuß des Reichstages wurde § 1 des Reichsschulgesetzes in folgender Fassung angenommen: Die Volksschulen sind entweder Gemeinschaftsschulen oder Verteilungsschulen oder betriebsfreie Schulen. Den drei Schularten dieses Gesetzes ist eine gleichmäßige freie Entwicklungsmöglichkeit zu geben.

## Mandatsniederlegung eines Reichstagsabgeordneten.

(Eigner Drucksellung der "Dresdner Nachrichten")

Stuttgart, 5. April. Der demokratische Reichstagsabgeordnete Hermann in Neutlingen hat sein Mandat niedergelegt, weil sich die Führung zweier Mandate — Hermann ist auch Mitglied des Reichswirtschaftsrats — nicht mit seinem Amt vereinbare.

## Übertritt von Unabhängigen zur Mehrheitssozialdemokratie.

Berlin, 5. April. Wie der "Vorwärts" mitteilt, haben die beiden aus der U. P. ausgeschlossenen Berliner Stadträte Brühl und Schünemann bei dem Berliner Vorstand der S. P. D. um Aufnahme in die Partei nachgefragt. Die Aufnahme Brühls, da er Reichsabgeordneter ist, würde seinen Eintritt in die sozialdemokratische Reichstagsfraktion zur Folge haben. Wie das Blatt weiter hört, ist der Nachfolger Helfferings in der Chefredaktion der "Freiheit" Dittmann, in Aussicht genommen.

## Wiederwahl der Führer im Eisenbahnerstreik.

Berlin, 5. April. Wie die Reichsgewerkschaftsdeputationen der Eisenbahnerbeamten und -Arbeiter mitteilten, ergab die heute vorgenommene Neuwahl des Vorstandes die Wiederwahl von Menne, Schwarz und Wacker und anderen an der Streikbewegung hervorragend beteiligt gewesenen Führern, während die Mithäder, die Begnar des letzten Kreises der Reichsgewerkschaft waren, nicht wiedergewählt wurden. (W. T. B.)

## Das Ende des Berliner Mühlhäuserstreiks.

Berlin, 5. April. Unter dem Vorstand des Demobilisierungskomitees wurde gestern zwischen den seit 18 Wochen streikenden Berliner Mühlhäusern und den Arbeitgebern der Schiedsspruch gefällt, der von beiden Parteien angenommen wurde. Durch den Schiedsspruch, der den Ausständen einen Arbeitslohn von 800 Mk. wöchentlich ausstellt, hat der Ausstand endlich sein Ende gefunden.

# Sächsischer Landtag.

Anträge der Deutschnationalen Volkspartei und der Deutschen Volkspartei auf Auflösung des Landtages, der Demokraten auf Umbildung der Regierung.

Besitzung aus dem Vorabend-Blatt.)

Der Landtag tritt alsdann in die Beratung des Antrages Barthel und Genossen.

## Hilfe für das Zeitungsgewerbe

ein. Der Verlegerkeller des Prüfungsausschusses, Abg. Krämer (Unabh.), beantragt, die Regierung zu ersuchen, bei der Reichsregierung davor zu wirken, dass die Verfolgung der Tageszeitungen mit Druckpapier zu angemessenen Preisen übergeht wird.

Das Haus ist sehr schnell bestreit, als die Aussprache beginnt. Sie wird eingeleitet von dem

Abg. Dr. Häublmann (D. V.): der erklärt, seine Fraktion wolle durch die Unterstützung des Antrages weder Partei für die Zeitungsverleger nehmen, noch kritik an der Preisgestaltung der Papierfabriken üben, sondern lediglich das Verlangen unterstützen, dass den Zeitungen bei der Erfüllung ihrer Verpflichtungen möglichst Hilfe zuteil werde, da dies im öffentlichen Interesse liege. Die Stellungnahme seiner Fraktion werde aber erheblich dadurch, dass im Prüfungsausschuss keine völlige Klarstellung erfolgt sei. Er spreche über das Verfahren sein lebhaftes Bedenken aus.

Abg. Dr. Neithammer (D. V.): schildert die Vorgänge im Prüfungsausschuss und bedauert sie. Es hätten beide Parteien zu Worte kommen müssen. Der Vorstehende Mente habe die Geschäftsordnung gebeugt. (Abg. Mente: Unerhörte Frechheit!) Die Linke habe keinen von der anderen Seite hören wollen. Gerade weil er als sachverständiger Papierfabrikant nicht habe sprechen wollen, habe er die Sachverständigen vom Druckpapierverband und Zellstoffverein mitgebracht. Professor Wolf habe im wesentlichen nichts Neues vorgebracht. Man finde in den Zeitungen Angriffe in schwerster Form gegen die Papierpreise, die öffentliche Meinung werde gegen sie alarmiert. Die Bahnen des Professors Wolf über die Papierpreise seien auf falschen Voraussetzungen aufgebaut und daher irreführend gewesen. Die hohen Holzpreise seien wesentlich mit den hohen Papierpreisen schuld. Die Zeitungen hätten einen groben Fehler gemacht, dass sie noch bis in den Krieg hinein zu billig gewesen seien. Unsere Papierfabriken seien zum großen Teile abhängig von den böhmischen Kohlen. Die Papierfabrikanten bedauerten es außerordentlich, dass es den Zeitungen schlecht gehe, und erkennen die Notlage in vollem Umfang an. Es sei ganz falsch, anzunehmen, als ob die Papierfabriken diese Not leicht nähmen und sich unbedeutend bereichern. Die gewünschte Ausgangswirtschaft werde sich nicht durchführen lassen. Der sächsische Landtag müsse sich auch darum kümmern, dass die Papierindustrie, die in Sachsen besonders stark sei, nicht kaputt gemacht werde. Das liege zweifellos im Interesse dieser Industrie und der in ihr beschäftigten Arbeiterschaft.

Abg. Mente (Unabh.) geht nochmals auf die Vorgänge im Prüfungsausschuss ein und weist den Vorwurf zurück,

dass er einseitig gehandelt habe. Er habe den Ausklang über die Teilnahme der beiden Herren an der Sitzung befragt und habe auch einen Beschluss darüber herbeiführen wollen, ob sie als Redner angeladen werden sollten. Unter diesen hätten sie den Saal verlassen.

## Wirtschaftsminister Kellisch

liest dar, es sehe zweifellos so, dass das Zeitungsgewerbe im gesunden Sinne des Wortes eine unbedingte Bedeutsamkeit für jeden modernen Staat sei. Dieser Grundsatz sei auch schon von der alten Staatsordnung anerkannt worden. Es könne sich kein Staat gestatten, dass ein Monopol des Zeitungsgewerbes, wie er der „Sächsischen Zeitung“ gegenwärtig angedroht worden sei, die Existenz des Staates in Frage stelle. Sachsen sei mit rund 30 Prozent an der deutschen Papierfabrikation beteiligt. Der sächsische Staat sei bis zu einem erheblichen Grade auf dem Holzberg ausgebaut. Wenn ein Eingriff erfolge, wie es ein Initialantrag des Reichstages wolle, so könne das nicht mitten im Wirtschaftsjahr geschehen. Es gebe auch unter keinen Umständen an, dass die Verbilligung des Papieres auf Kosten der kleinen Staaten erfolge, die aufgrund eines großen Waldbelegs hätten. Es sei auch nicht richtig, wenn man allein das Holz verbillige. Die Gehaltssenkungen für den Holzstoff schwanken zwischen  $\frac{1}{2}$  und  $\frac{1}{3}$  der Gesamtgehaltssenkung des Papieres. Der relative Anteil des Holzstoffs an den Gehaltssenkungen nehme weiter ab und der Anteil der kleinen Staaten steige. Die sächsische Regierung habe dem Plan, das Papierholz in Ausgangswirtschaft zu nehmen, skeptisch gegenüber, weil sie sich nicht vorstellen könne, dass dies im Rahmen der freien Holzwirtschaft möglich sei. Wie eine Kontrolle vorgenommen werden sollte, sei ihm nicht ersichtlich. Wahrscheinlich würde eine Hinaufstreitung der Papierpreise erst recht eintreten. Wolle man den Papierpreis drücken, so könne man dies unmöglich allein bei der Papierindustrie durchführen, weil sie zu sehr mit anderen Industrien verknüpft sei, so dass man in die Gesamtproduktion eingreifen müsse. Reichsausschüsse zur Papierverbilligung

gung zu erwähnen, sei nicht gut möglich, weil zu hohe Summen erforderlich seien und die Entente uns dies unter keinen Umständen mehr gestatten werde. Anders sei es mit einem Zuspruch an die Presse aus dem Exportamt in kommenden der Papierindustrie. Eine teilweise Befreiungnahme dieser Gewinne sei durchaus nichts Unserichtiges. Die Regierung habe keine Bedenken gegen den Antrag, sie würde die Notlage der Zeitungen durchaus und werde weiterhin beim Reichstag vorstellen werden, dass die Papierpreise sich aus einer Linie bewegen, die den Zeitungen ihre Existenz verleiht. Die Regierung steht aber auch über den widerstreitenden Interessen und werde sie dafür einsetzen, dass das Reich diese Frage unter Zugrundelegung vernünftiger wirtschaftlicher Gesichtspunkte löse.

Abg. Müller, Chemnitz (Soz.): ist der Meinung, dass Dr. Neithammer mehr als Papierfabrikant und weniger als Abgeordneter gesprochen habe. Er könne mit Engagements reden, werden sie Medien aber nicht überzeugen. Die Steigerung der Gehaltssenkungen seien in einem richtigen Verhältnis zu den ungeheuren Papierpreisen. Der Landtag müsse dafür eintreten, dass die Zeitungen, ganz gleich welcher Partei, nicht zugeschlagen würden.

Abg. Schmidt, Freiberg (D. R.): erklärt, dass seine Fraktion dem Antrag zustimme, weil die Verhältnisse im Zeitungsgewerbe unerträglich geworden seien. Es müsse auf irgendeine Weise Abhilfe geschaffen werden, aber nicht im Wege der Ausgangswirtschaft, weil die Erfahrungen, die man bisher damit gemacht habe, kläglich seien.

Abg. Schirr (Unabh.): sieht sich für den Antrag ein. Die Papierfabriken gingen systematisch daran, die öffentliche Meinung totzudrängen.

Abg. Gehrlein (Zenr.): bezeichnet die Lage der Presse als katastrophal. Es handle sich nicht bloß um das Eingeben von Zeitschriften, sondern darum, dass Hunderte von Tagesschriften eingehen oder ihr Geschäft elenden müssten. Er bedauert es aber auch, dass ein Teil der Zeitungsverleger so wenig Verständnis habe für die geistige Arbeit in der Presse. Sie hätten es nicht für notwendig, ihren Mitarbeitern das autiel werden zu lassen, was ihnen zukomme. Der Redner stimmt dem Antrag zu und fordert die Einrichtung des Zeitungspapiers in die lebenswichtigen Gegenstände. Lieferung des Papiers zu mäßigem Preise. Maßnahmen gegen Papierverschiebung nach dem Auslande. Bereitstellung von Holz für die Zwecke der Papierfabrikation. Ablehnung der Sonderbelastung des Zeitungsgewerbes.

Abg. Dr. Dehne (Dem.): erklärt, dass seine Fraktion auf dem Boden des Antrags steht. Die Erhaltung der politischen Tagespresse und der Nachpresse, die ebenfalls schwerleide, sei eine politische und kulturelle Notwendigkeit.

Abg. Ziller (D. R.): hält es für richtig, wenn etwas von dem Gewinn der Papierfabrikation auf Senkung der Papierpreise verwendet würde. Die Bonitätsanforderung der Papierfabrikation gegenüber den Zeitungen ist ein Skandal. Hoffentlich kommt es noch zu einer Einigung zwischen den Papierfabriken und den Zeitungen.

Der Antrag Barthel wird einstimmig angenommen.

Im Namen der kommunistischen Fraktion erklärt Abg. Biewer zur

## Ablehnung des Antrags.

das in der letzten Sitzung bekanntgegeben worden sei, über das Gehalt des Aufstammlers werde gesondert abgestimmt. Diese Ankündigung sei in der heutigen Sitzung nicht zurückgenommen worden. Die kommunistische Fraktion hätte bei geforderter Abstimmung nicht gegen das Mindestgebot gestimmt und zweitens daher die Möglichkeit der Abstimmung an. (Sturmrede Heller - Kurz von rechts: Neuer) Der Präsident Körckhardt gibt an, dass eine andere Abstimmung vorgenommen worden wäre, als angekündigt worden sei. Der Landtag nehme von der Erklärung Kenntnis, werde aber in einer Aussprache darüber nicht eintreten.

Die erste Beratung des Entwurfs eines

## Allergrenzengesetzes für Richter

wird von dem Abg. Dr. Wagner (D. R.): eröffnet. Nach dem Entwurf möge jeder Richter mit dem 60. Geburtstag in den Ruhestand treten. Der Redner äußert Bedenken gegen das Gesetz und beantragt die Überweisung der Vorlage an den Rechtsausschuss. Mit einem solchen Gesetz werde der Rechtspleite nicht gedeckt. Die Abwendung qualifizierter Richter werde noch verstärkt. Ausnahmefälle, in denen ein Richter mit 60 Jahren nicht mehr dienstfähig sei, solle man nicht verallgemeinern. Die Vorlage bedürfe eine Belohnung der Staatsfinanzen und eine Gefahr für die Auswirkungen. Ein Richter, der noch arbeitsfähig sei, werde nach seinem Auscheiden sich vielleicht der Anwaltspraxis zuwenden. Gleichzeitig kann eine Allergrenze einführen zu müssen, so dass man nicht einen Zwang ausüben, der allen Verwaltungsbeamten erwartet bleibt.

Abg. Blücher (D. V.): bemängelt, dass in Sachsen die Allergrenze auf 60 Jahre festgesetzt werden solle, während in Preußen die Grenze 68 Jahre sei.

Abg. Dr. Graf (Soz.): verteidigt den Gesetzentwurf.

Abg. Dr. Dehne (Dem.): Seine Fraktion habe keinen Anlass, der Tendenz eines solchen Gesetzes grundsätzlich zu widersprechen. Gegen einzelne Bestimmungen befinden aber doch Bedenken. Die finanziellen Folgen seien schwerwiegend. Man müsse prüfen, ob man nicht 68 Jahre sagen sollte. Eine gewisse Übergangszeit sei unabdingbar.

Ministerialdirektor Dr. Mannfeld teilt mit, dass ich länger die Absicht bestanden habe, ein solches Gesetz vorzulegen. Den Richterorganisationen sei bereits im Herbst vorjähriges Jahres davon Kenntnis gegeben worden.

Die Vorlage geht an den Rechtsausschuss.

Abg. Schreiber (D. R.): berichtet im Namen des Haushaltsausschusses A über Rechenschaftsbericht und Haushalt

des Kultusministeriums.

Der Redner beantragt, die Rechenschaften zu genehmigen und den Haushalt im wesentlichen nach der Vorlage zu verabschieden. Im besonderen wird beantragt, bei der Belebung der Ministerialrats- und Präsidialberatungen im Kultusministerium mit Schulbeamten mehr als bisher die Volks- und Fortbildungsschulen zu berücksichtigen, weiter die Regierung zu erüben, die Berufung einer pädagogisch und wissenschaftlich gebildeten Frau ins Kultusministerium für das gesamte Mädchenbildungswesen in Aussicht zu nehmen.

Abg. Schnell (Comm.): greift die Personalpolitik des Kultusministeriums an. Die Referenten vertreten nur ihre persönliche Meinung. Es fehle an Einheitlichkeit. Für das höhere Schulwesen seien 6 Referenten vorhanden, für das Volkschulwesen nur einer.

Abg. Schirr (Unabh. Soz.): fordert ebenfalls, dass das Kultusministerium dem Volkschulwesen mehr Aufmerksamkeit schenke.

Die Anträge des Haushaltsausschusses A werden einstimmig angenommen, das Ministergebot gegen die Stimmen der Bürgerlichen.

Rechenschaftsbericht und Haushalt über die

## Evangelischen Kirchen

werden nach einem Bericht des Abg. Voigt (D. V.): den dieser im Auftrage des Haushaltsausschusses A erhielt, gegen die Stimmen der Unabhängigen und Kommunisten verabschiedet.

Auf der Tagesordnung steht ferner der Gesetzentwurf zur Änderung des Gesetzes über die Dienstbezüge der Gemeindebeamten.

Die Vorlage wird von den Abg. Dr. Häublmann (D. V.) und Werner (D. R.): begrüßt, weil sie die Unzulänglichkeiten beseitige, die hinsichtlich der in Ruhestand oder Wartezeit versetzten Gemeindebeamten und deren Hinterbliebenen gegenüber dem Reichs- und Staatsbeamten bestehen. — Das Gesetz wird in sofortiger Schlusserörterung einstimmig angenommen.

Dann wird in die erste Beratung des Gesetzentwurles über die Hundesteuern eingetreten.

Abg. Pietich (D. R.): äußert verschiedene Bedenken, hauptsächlich gegen die Höhe der Steuer (90 Pf.). und gegen die den Gemeinden zu erreichende Ermächtigung, die Steuer zu verzachtfachen. Der Redner beantragt Überweisung der Vorlage an den Rechtsausschuss.

Abg. Mühlke (D. V.): wünscht ebenfalls mehrere Änderungen. Hunde der Arzelsblindten müssten steuerfrei sein.

Die Kammer beschließt die Überweisung an den Rechtsausschuss.

Abg. Blücher (D. V.): teilt mit, dass die Fraktionen der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei den

## Antrag auf Auflösung des Landtages

gestellt hätten, weil sie glaubten, dass die unhalbaren Ansände, die sich heute wieder gezeigt hätten, nur durch Neuwahlen beseitigt werden könnten. Sie schließen vor, über den Antrag morgen Donnerstag abzustimmen und hielten sich für verpflichtet, loyalerweise schon jetzt davon Kenntnis zu geben.

Ohne Aussprache werden alsdann einstimmig verabschiedet Rechenschaftsbericht und Haushalt des Oberverwaltungsgerichtes, des Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten, des Albrechtsburgen Meitzen, des Haushalts zur Erweiterung von Kohlenfeldern und Niederbrütingen von Tiefebohrlochern in Nordwestfalen zur Untersuchung des geologischen Untergrundes auf das Vorhandensein von Steinkohle.

Zum Rechenschaftsbericht und Haushalt für staatliche Betriebsunternehmen wird vom Haushaltsausschuss B beantragt, die Regierung zu ersuchen, die Frage, ob nicht durch Verbilligung des staatlichen Straßenbahnbetriebs den Fehlbeträgen des Unternehmens besser zu begegnen

## Kunst und Wissenschaft.

† Dresdner Theater-Spielplan für heute. Opernhaus: „Mignon“ (7); Schauspielhaus: „Der Meer und der Liebe“ (7); Reußländler Schauspielhaus: „Der Schumann“ (14); Residenz-Theater: „Bürgerliche“ (15); Central-Theater: „Detektivmädel“ (15).

† Generalintendant der Staatstheater. Wie jetzt amtlich bestätigt wird, hat Dr. Reutter die Dienstbezeichnung „Generalintendant“ erhalten, wie sie an allen Bühnen gleichen Ranges und auch an kleineren Bühnen üblich ist. Der in der Verwaltung der Staatstheater tätige Regierungsrat Dr. Reutter ist zum Oberregierungsrat ernannt worden.

† Central-Theater. In der am 8. April stattfindenden Eröffnungssitzung der Operette „Kirchen“ von Müller und Scherzer, Muß von Oscar Strauß, und in den Hauptrollen bestreitet die Damen Künzli und Elisabeth Friedländer, sowie die Herren Agnes, Marla, Mösl und Falstaff. Inszenierung: Oskar Lang. Musikalische Leitung: Oskar Rechner. Einladung der Stadt: Oskar Böhme. Bühnenbilder: Oskar Böhme.

† Matthäus-Passion. Einzelheiten zur einmaligen Aufführung der Matthäus-Passion am Gründonnerstag, 7½ Uhr, in der Dreikönigskirche unter Edwin Lindner. Zeitung der Ausführenden: die Dresdner Singakademie, der Dresdner Philharmonische Orchester, Soprano: Jeanne Boehler, Berlin; Alt: Helene Anna, Stadtkantor Dresden; Tenor: Martin Wilhelm, München; Bass: Antonius Christof, Berlin.

† Peer Gynt. Eine nochmalige Aufführung ist auf 26. April angesetzt. Aufführungsort auf dem heutigen Platz.

† Hoch-Sinfonie-Konzert. Morgen, Freitag (7½), im Gewerbeschau-Orchester Konzert des Dresdner Philharmonischen Orchesters. Dirigent: Edwin Lindner. Solisten: Kammer-Sängerin Eliza Eliza, Wien, und Hans Hagen, Dresden (Cello).

† Konzertseröffnung. Der 14. April dieses Monats findet am Sonnabend den 8. April, also am darauffolgenden Tag, im Künstlerhaus statt. Karnevalshälfte: „Künstler-Karneval“; im Zoologischen Garten um 7 Uhr Männergesangsverein „Götz“.

† Residenz-Theater. Lange hat man in der Sitzung der Kommissionsschau- und Leiberaub von Marianne Thiemann-Mittermaier, John Adams, Eisenbahn (Albtal); im kleinen Kommissionsschau- und Leiberaub Herbert Fischer-Eisner; Matthes; im Künstlerhaus: „Künstler-Karneval“; im Zoologischen Garten um 7 Uhr Männergesangsverein „Götz“.

blauen Tonan“. Wenn auch die „Bürgerliche“ die Probe auf Edelmetall nicht in der Weise bestanden hat, wie der „Bürgerliche“ bestanden hat, sondern hier und da fanden ihren Glanz einbüßt, so hat ihr doch Franz Lachter in ihrer Geburtshundreter Patengeschenke mit auf den Weg gegeben, die noch heute der Beachtung wert sind. Die kleinen Walzerlänge und die charakteristischen Bürgerweisen fanden leicht wieder den Weg zu den Herzen der Theatergemeinde. Karl Süßfüll hat sich der Neuerrichtung mit Viebe angenommen und Ernst Schickelmann war der musikalischen Linie ein feinfühliger Nachschöpfer. In den Hauptrollen bewährten sich die Damen Karoly, Herzenz und Betsch und Betschival aufs Beste, und die Herren Karl Wildt, Pötscher und Vangerl haben sich daher nicht in den Schatten stellen lassen. Mit Temperament sahnte E. Müller den Spielmann Jozef an und überraschte dabei durch einen brillanten Gesang im Geigenstück. Adolf Gassner: eine flotte Tänze ein. Es gab viel Beifall und Blumen. Nur ein „Aber“ hat diese Operette. Die Verwendung der drei kleinen Kinder zur allgemeinen Belustigung ist eine Verhüllung der Künstlerin und eine Gefahr für die Auswirkungen. Ein Richter, der noch arbeitsfähig sei, werde nach seinem Auscheiden sich vielleicht der Anwaltspraxis zuwenden. Gleichzeitig kann eine Allergrenze einführen zu müssen, so dass man nicht einen Zwang ausüben, der allen Verwaltungsbeamten erwartet bleibt.

† Kirchenkonzert. Das 25-jährige Wiederkehr des Todesfestes auf Johannes Brahms gab Kantor Alfred Stier die Gelegenheit, in der Striesenener Versöhnungskirche geistliche Werke von Brahms aufzuführen. Einen Trocken-Werke mit vier Sängern und vier Klavieren bestand, da Friedrich Blaschke abgesagt hatte. In dankenswerter Weise füllten Helene Jung und Gottfried Hoffmann an.

† Stier legte die Lücke aus. Von letzterem hörten wir noch das Adagio aus der Violinonate G-dur, Op. 78, weich und schmelzend gespielt, während wir infolge anderer Verpflichtungen und die geistlichen Gesänge von Helene Jung versagten mussten. Klar und durchdringlich in der Stimmlaufführung erklangen unter Kantor Stiers Händen zwei Orgelstücke aus dem nachgelassenen Op. 122. Die Motette „Schaffe in mir, Gott!“ ist wohl für den Kenner ihrer kontrapunktischen Arbeit aufzufallen sehr interessant, aber schon aus diesem Grunde für die große Masse unandekbar. Außerdem war die dynamische Skala bei der Wiedergabe nicht reichhaltig genug, und die Töne befanden sich, namentlich im Mittelteil, oft mal in nicht gänzlich ungetrübter Stimmung. Das Gotteshaus war nicht angefüllt mit einer anständig lauschenden Gemeinde.

O. H.  
† Ein Sächsischer Ornithologentag findet vom 8. bis 10. April in Dresden statt. Ein Besuch des Museums für Tierkunde mit Vorführung der Weißgoldischen Sammelausdeutung aus Ost-Lübeck durch Museumsdirektor Professor Dr. Jacobi eröffnet die wissenschaftlichen Vorlesungen.

Vorläufe haben übernommen: Dr

und dem Zwecke des Betriebsunternehmens mehr zu entsprechen sei als durch die fortgesetzten Tarifverhöhung mit natürlichen eintretender Benutzungsverminderung, genau zu erwägen und gegebenenfalls einen Besuch unter Inanspruchnahme von Überhunden des Personals anzustellen.

#### Finanzzminister Heldt

führt aus, dass die Gebühren bei den staatlichen Verkehrsunternehmungen andauernd die Regierung beschäftigen. Man wolle sowohl das Verkehrsbedürfnis befriedigen, als auch durch eine vorsichtige Tarifpolitik einen Ausgleich zwischen Einnahme und Ausgabe erzielen. Leider sei es nicht gelungen, diesen Ausgleich zu erreichen. Die Regierung sei bereit, die eingeholten Voten wieder zu eröffnen, wenn die wirtschaftlichen Verhältnisse es irgendwie erlaubten. Eindeutlich der neuen Union würden in diesem Sommer 18 Stimmen in Betrieb sein.

Weiter werden noch verabschiedet: *Lebensmittelbericht* und *Staatshaushalt* für die Braunkohlenwerke, für die *Vorratsspeicherungsstiftung*, für die allgemeine *Kassenverwaltung* und die *Bauaufsicht*.

#### Demokratischer Antrag auf Umbildung der Regierung.

Nach Erledigung der Tagesordnung gibt Abg. Dr. Seeger namens der Demokratischen Partei folgende Erklärung ab:

Aus der Ablehnung des Justiziaten ergibt sich, dass die Regierung in einer der für den Staat bedeutamsten Fragen sich nicht auf eine Mehrheit des Landtages stützen kann. Die Erklärung der Kommunistischen Partei, dass sie gewillt sei, den Gehalt des Justizministers anzuwenden, schafft die Tatsache nicht aus der Welt, dass sie der Regierung die für die Justizverwaltung und die ordentlichen Gerichte benötigten Mittel an verlagen entschlossen war. Es ist Pflicht einer parlamentarischen Regierung, aus dieser politischen Lage die Folgerungen zu ziehen; nämlich eine Umbildung in der Regierung zu verhindern mit dem Ziel einer sichereren Mehrheit für die Staatsnotwendigkeiten, und erst wenn dieser Beschluss mithilft, den Landtag anzufüllen. Wir werden die Regierung fragen, ob sie bereit ist, diesen Weg zu gehen.

Nächste Sitzung: Heute, Donnerstag, 11 Uhr.

In den Glücksräubern gegen die sächsische Bevölkerungsordnung ist folgender Antrag der Deutschen Volkspartei eingegangen:

1. bei der Reichsregierung dabin zu wirken, dass das Schiedsgerichtsverfahren über die Einprüfung des Reichsfinanzministers gegen die sächsische Bevölkerungsordnung befreunigt und nicht erh. wie der Vorsitzende des Reichsgerichtsgerichts in einem Schreiben vom 5. März 1922 annimmt, in 2 bis 3 Monaten durchgeführt wird, und dass ebenso über solche Einprüfung gegen Bevölkerungsvertreter sächsischer Gemeinden sobald als möglich entschieden wird;

2. dass ihrerseits an die zur Genehmigung berufenen Behörden keine Anordnungen erteilt werden, die mit den sächsischen Richtlinien in Widerspruch stehen.

#### Dertliches und Sächsisches.

##### Mitteilungen aus der Gesamtstaatsführung

vom 4. April 1922.

Die Bevölkerungsbestimmungen für die Lehrkräfte an den städtischen höheren Unterrichtsanstalten werden genehmigt.

Nur Bewährung einmaliger Beihilfen an Kleinrentner wird, einem Erfinden der Stadtverordneten entsprechend, ein Berechnungsgeld von 900 000 M. unter Vorbehalt anteiliger Entlastung aus Reichsmitteln im Haushalt des Kultusministeriums eingesetzt.

Man bewilligt 33 000 M. zur beschleunigten Beschaffung von zwei neuen Klassenzimmern in der 68. Volksschule im Stadtteil Neustadt.

Zur Erweiterung des Selbstfahrerbetriebes bei der Straßenreinigung werden 338 000 M. unter Anwendung der Prinzipien der Herausgabe bewilligt. Man beschließt, die Bestimmungen über die zweite Aenderung des Staatsbeamten-Befolungsgesetzes auf die sächsischen Beamten und Stellenanmänner, die Angestellten mit aufsteigenden Gehältern und die Lehrkräfte an den höheren Unterrichtsanstalten, sowie auf die Empfänger von Rentgeld, Ruhegehalt und Hinterblebenen zu ändern.

Zu allen Punkten ist die Zustimmung der Stadtverordneten erforderlich.

#### Bezirksausschuss Dresden-Neustadt.

Dem Bezirkshaushalt Dresden-Neustadt lag in seiner Sitzung am Mittwoch unter Vorbitz des Amtshauptmannes Dr. de Webers u. a. die Frage einer Bich- und Anguersteuer zur Beschlussfassung vor. Es handelt sich dabei nach dem Bericht des Amtshauptmannes um zwei früher beschlossene Bezirksteuervorlagen, die inzwischen von der Kreishauptmannschaft wieder zurückgegeben worden waren, nachdem sich auch das sächsische Wirtschaftsministerium und verschiedene Finanzstellen bis hinauf zum Reichsfinanzhof gegen die Bichsteuer ausgesprochen hatten. Wenn der Bezirkshaushalt jetzt gleichwohl an dieser Steuer festhalten wollte, so bliebe nur übrig, weitere Entscheidungen hoher Instanzen darüber herbeizuführen. Amtshauptmann Dr. de Webers befürwortete dies. Wenn ihm auch die Steuer unumgänglich sei, so müsse der Geldnot des Bezirkes doch Rechnung getragen werden. Der Sozialist Kämpfer-Pöldorf benutzte die Gelegenheit zu einem außergewöhnlich wortreichen Aufstand gegen die Landwirtschaft. Die Klagen über eine übermäßig hohe Besteuerung der Landwirtschaft waren einfach Demagogie; wahr sei, dass die Besteuerung jetzt endlich gerecht geworden sei. Möge die Landwirtschaft jetzt erhebliche Ausgaben haben; denen ständen noch erheblichere Einnahmen gegenüber. Richtig brachte die bekannten Argumente der Entschuldung der Landwirtschaft und der Preissteigerung für Kartoffeln und Getreide vor und schloss mit dem entschiedenen Eintreten für die Bichsteuer. Obstreiter Bär, der Vorsitzende des land- und forstwirtschaftlichen Bezirksverbandes Dresden-Neustadt, erwiderte in seiner Erwiderung diese Behauptungen. Was den angeblichen Kartoffelwucher anbetreffe, so stelle er fest, dass seit kein Landwirt im Bezirk mehr noch Kartoffeln zum Verkaufe frei habe. Ebenso sei es mit dem Getreide. Die Umlage sei in der Nadeburgerei gegenwärtig noch bestimmt worden, dass die dortigen Gutsherren keine freies Getreide mehr beziehen. Dieses Umlageverfahren stelle eine ganz ungemeine Besteuerung der Landwirtschaft dar. Für 105 Mark wären die Befürger des Getreides abzugeben müssen; wer sich vorherlich schon von Weihnachten mit Saatgut eindachte, musste bereits damals mehr als 100 Mark daranrechnen. Jetzt steht der Rentner auf 700 Mark. Und dabei drohe die Umlage auch fürs neue Jahr. Ob die Landwirtschaft da noch mitraße könne, steht dahin. Er lehne die Steuer ab. Der Amtshauptmann verlas die Steuerrede für die einzelnen Dörfer: bei der Bichsteuer entfallen auf ein Viertel 20 Mark, ein Kind 10 Mark, ein Schwein 7 Mark, ein Schaf 3 Mark, eine Ziege 2 Mark; bei der Anguersteuer sind die Sätze zwischen 200 Mark (Kuxusperi) und 40 Mark bemessen. Da keine Bemerkungen mehr vorlagen, kam es zur Abstimmung. Die Bichsteuer wurde mit 5 Stimmen der Linken gegen 3 der Bürgerlichen angenommen. Wie wir hören, wird der Land- und forstwirtschaftliche Bezirksverband nun Schritte tun, um die allein in der Amtshauptmannschaft Dresden-Neustadt angenommene Steuer dennoch abzuwenden. Die Anguersteuer wurde mit allen gegen eine Stimme gleichfalls angenommen. Weiter wurde die Nellamesteuer für Niederlößnitz angenommen; Osterndorf-Oskilla erhielt eine Begebaubefreiung von 200 Mark abgestimmt. Ein Einspruch gegen die Wahl der Vertreter zum Schulausschuss in Kleinwolmsdorf wurde als gültig anerkannt.

#### Unermalige Erhöhung der Kohlenpreise.

Vom Koblenzamt wird uns geschildert: Infolge der Erhöhung der Kohlensteuer und der Erhöhung der Eisenbahngüterzölle ab 1. April macht sich eine neue Feststellung der Kohlenverkaufspreise nötig. Außerdem ist, wie aus der Ratsbekanntmachung vom 4. d. M. erschlich, eine volle Monatsmenge auf die Gaszuschlagsarten und eine halbe Monatsmenge auf die übrigen Kohlenarten zur Belieferung freigegeben worden. Die Freigabe der Belieferung der Kohlenartenabschläge, die rein zusammen mit der Preis erhöhung zusammenfällt, steht selbstverständlich mit der Preis erhöhung nicht in Verbindung. Maßgebend für die Erhöhung der Preise war lediglich die Erhöhung der Kohlensteuer, sowie die Erhöhung der Frachten. Diesen Hinweis halten wir für nötig, weil unter den Verbrauchern immer wieder die Meinung austaut, dass der Handel mit der Abgabe der Kohlen zurückgeht. Dies trifft nicht zu; die Freigabe der Kartensachen erfolgt lediglich durch das Koblenzamt. Für sie ist maßgebend der Einstieg an Kohle überhaupt.

Bei der Sparkasse der Stadt Dresden wurden im März 1922 rund 247 Millionen Mark eingezahlt und 192 Millionen Mark zurückgezahlt, wobei betrugen die Mehrzinszahlungen rund 5 Millionen Mark.

Essentielle Anerkennung spricht die Kreisbaupräsidentenmannschaft Dresden dem technischen Hilfsarbeiter bei der Direktion der staatlichen Elektrizitätswerke, Walter Goldberg in Dresden-N. Steinstraße 10, 2. Ihr rath entschlossenes, umsichtiges Steuern eines Kraftwagens am 19. November 1921 unter dem Gevierttor in Dresden, wodurch das Überfahren einer vor diesen gelouenen Person verhütet wurde.

Todesfälle. Am Montag verstarb im Johanniter-Krankenhaus zu Heidenau nach langer Leidenszeit der Polizeipräsident des Sollnitzkreises i. R. Kommissarstatthalter Bernhard Meichel. Der Verstorbene stand im 70. Lebensjahr. Ein Veteran von 1870/71, der Bahnmeister 1. Klasse i. R. Karl Gustav Hempel, ist am Dienstag nach kurzem Kranken im bald vollendeten 72. Lebensjahr entlassen.

Ein langjähriger Mitarbeiter des technischen Betriebes der *Dresdner Nachrichten*, Herr Alfred Lüttge, ist am 4. April nach langem schweren Leid verschieden. Herr Lüttge, der im 64. Lebensjahr stand, war seit dem Jahre 1888 ununterbrochen als Rotationsmaschinenmeister in den *Dresdner Nachrichten* tätig. Am 7. April d. J. hatte er sein 50-jähriges Berufsjubiläum begehen können.

Der Wiener Männergesangverein kommt auf seiner Deichlandreise am 28. Mai nach Dresden und gibt hier am Abend ein Konzert. Die Dresdner Sänger rüsten sich schon, diejenigen hervorragendsten Vertreter des deutschen Männeranges außerhalb des Deutschen Reiches feiern und würdig zu empfangen. Ein Chortausch und ein Arbeitsauschuss mit zahlreichen Unterabteilungen (Empfangs-, Wohnungs-, Zeit-, Presse-, Finanzausbau) sind bereits gebildet und in voller Tätigkeit. Auch der Allgemeine Deutsche Automobilklub seine Sporttäglichkeit mit einem sportwissenschaftlichen Vortrag von Bedeutung beginnt. Für Mitglieder des A. D. A. gilt Mitgliedsbeitrag für 1922 als Ausweis. Geklartes sind bei Gebr. Höbler, Wallstraße 4, ob Mittwoch zu entrichten.

Bon einem Elefanten verletzt wurde am Mittwoch nachmittag der 20 Jahre alte Bedienstete Max Rathenow im Circus Zarofani. Als er "Pott" an der Seite feierte, verletzte ihm diese mit ihrem Rüssel einen so wuchtigen Stoß ins Gesicht, dass er blutig verletzt wurde und nach dem Krankenhaus befördert werden musste.

Weißer Hirsch. Die feierliche Einweihung und Verpflichtung der 15 neu gewählten Kirchengemeindevertreter erfolgte am Sonntag im Hauptgottesdienst. In der Einweihungsrede gab Pfarrer Ludwig seiner Freude darüber Ausdruck, dass dank des Vorschlags und der Tätigkeit der "Freien Vereinigung Kirchentreuer Wähler" sämtliche Mitglieder des sechzigjährigen Kirchenvorstandes wiedergewählt worden seien. Vor 25 Jahren konnte Pfarrer Ludwig die ersten 8 gewählten Kirchenvorstandsmitglieder in ihr Amt einführen, somit kann jetzt auch unsere Kirchengemeinde auf ihr 50jähriges Bestehen zurückblicken. Weitere konnten noch zwei bewährte Mitglieder des Kirchenvorstandes, Gemeindeworstand a. D. und Friedensrichter Großer und Friedensrichter Schubert, ihr 50jähriges Jubiläum als Kirchgemeindevertreter begehen.

Weihen. Die Stadtverordneten genehmigten den Haushaltplan, der in Einnahmen mit einer Summe von 36 815 714 M. und in Ausgaben mit 31 450 453 M. abschließt so dass nach Berücksichtigung verschiedener Änderungen ein Überschuss von 12 373 711 M. verbleibt, den man durch Einnahmen aus der Reichseinkommensteuer, sowie aus Nebeneinnahmen des Gas- und des Elektrizitätswerkes zu decken hofft. Zur Hebung des Meißner Weinbaues bzw. zur Verbesserung und Erweiterung des Weinbaues in den städtischen Bergen wurden 320 000 M. bewilligt. Für den Garantiefonds, zu der im Juli in Weißen abzuhaltenden Gaswirtschaft-Ausstellung wurden zur Zeichnung 20 000 M. genehmigt. Die Gasanstalt hat im vergangenen Jahre einen Überschuss von 225 000 M. erbracht.

Nadeburg. Hier verstarb im Alter von 56 Jahren der Stadtrat und Bäckermeister Hermann Ulbrich, nachdem er vor kurzem der erste Stadtrat und stellvertretende Bürgermeister Anton Rößler am Herzschlag gestorben ist.

Jodeta. An den frühen Morgenstunden des Sonntags ist hier ein frecher Einbruch in das Postgebäude verübt worden. Die Einbrecher drangen vom Keller aus, in den sie sich durch Ausheben der Fenster eingang verschafft hatten, in die im Erdgeschoss gelegenen Amtsräumen ein, zu welchen die am Oberlicht der Tür befindliche Karre einerseits Vergitterung zur Seite gehoben und auch teilweise losgerissen wurde. Das alte Schreibtheke wurden erbrochen. Ein großer, mehrere Zentner schwerer Kastenbrant, den man vergeblich zu knacken versucht hatte, lag umgestürzt auf seiner beschädigten Bordkante und es bedurfte schwester Anstrengung von fünf kräftigen Personen, ihn wieder aufzurichten. Postmeister Hartmann, der im ersten Stock des Gebäudes wohnt, wurde früh gegen 6 Uhr durch verächtliche Geräusche geweckt. Er ging mit seiner Tochter der Urlaube nach und verdeckte hierdurch die Diebe. Einen der selben fand er durch den Garten entflohen, sandte ihm auch einen Schuh nach, den aber sein Ziel verfehlte. Jemanden Beweis ist von den Einbrechern nicht gemacht worden.

Baugen. Zwei Tage nach ihrem 81. Geburtstage starb hier am Sonntag Frau Clara verm. Weßlich, die Mutter des 1909 verstorbenen Amtsgerichtsrats Amtsgericht Weßlich, des langjährigen Stadtverordneten-Vorsteher. Als eifriges Mitglied des Albert-Vereins hat sich die Eltern gegangene altezeit in den Dienst der Rätselstiege gestellt und dadurch sich ein dauerndes Andenken gesichert.

Ein leurer Goldhandel. Das Dresdner Schössengerecht verurteilte nach vielfältiger Verhandlung die Kaufleute Kurt Edward Wolff und Martin Rodschi wegen verbotener Goldausfuhr zu je 425 000 M. Geldstrafe, letzteren überdies zu 3 Monaten Gefängnis. An dieser Angelegenheit waren vier Personen verwickelt, ein Kaufmann Rößler - Dresden erhielt 500 M. Geldstrafe, ein Mittergutsbesitzer wurde ebenfalls freigesprochen, gegen zwei weitere Angeklagte, die Kaufleute Schänker und Fleischner, wurde das Verfahren abgetrennt. Zum neuen Termin gegen letztere sollen zwei Berliner Kriminalbeamte vorliegen erhalten. Es handelt sich um fünf Kilogramm Gold, das von einer Berliner Firma stammte, und für 42 500 M. pro Kilogramm im März vorigen Jahres in Emmerich umgesetzt werden sollte, wo es aber angeblich gehoben wurde. Das Hauptzollamt Dresden hatte sich dem Verfahren als Nebenkläger angegeschlossen, mit der Vertretung war Oberzollinspektor Mahnike beauftragt worden. An der Verhandlung kamen merkwürdige Dinge zur Sprache, die sich in Emmerich abgespielt haben sollten.

Gemeindkalender für heute.  
Dresdner Ephesus: Probe, 8 Uhr.

Bortsäge für den Mittwochstisch.  
Kartoffelsuppe, Seefische mit Zitronenunke und Kartoffeln.



Drogerie Baumann, König-Gotha-Straße 1. — Drogerie Willi, Franz, Maximilianstraße 16. — Drogerie Dähnert, Maximilianstraße 20.







**Dresdens deutsches Theater.**

**Haloh! Die Tante kommt!** Original-  
Posse von  
Emil Winter-Tymian. — **Schlüterbachs lernen**  
**Foxtrott**, v. O. Gruner u. B. Richter. Alles neue  
erkom., Darbietungen — keine Wiederholung —  
und jeder Künstler neue Solo-Schläger. 

Nur abende 18 Uhr — Vorverkauf: 10-2 u. ab 6 Uhr.

**SARRASANI**  
Täglich 7,15 Uhr. Sonntag 3 Uhr.

**Sensations-  
Schaustück**  
**Krone u. Fessel**

In der Hauptrolle:  
**Theodor Becker.**

Außerdem: Neuer Circus-Spielplan.  
Vorverkauf: **Residenz-Kaufh.** u. **Circus-  
Kasse** bis Sonntag einschl.

**Central-Theater-Diele**  
(Passage Prager Str. — Waisenhausstr.)  
**Eugelbert Mildes Künstlerspiele**  
Allabendlich 8 Uhr  
**Willy Meybryk**  
**Melli Wölibert**  
**Joe Erles**  
**Andrea Schoder**  
**Erich Kestin**  
**Hanni Reimers**  
**Heinrich Prasch**  
**Schöb-Terzett**  
**Melanie Kruse.**

Wo speist man gut und billig?

# Restaurant zum Falken

Bernierstr.  
11068 Planenjäger Platz  
5 Minuten vom Hauptbahnhof. Bernierstr.  
11068  
Heute Donnerstag, 6. April:  
**Großes Schlachtfest**  
Weißbier m. Kast u. Kart. Brotbier m. Kast u.  
Kart. hausgem. Biol- u. Gedeckbier, Überwürfchen.  
Bierkau auch über der Straße.  
Große Auswahl im Speisen zu jeder Tageszeit.  
Spezialitäten u. Rennbier liegen aus. Wohlte Bierkau.

## Brillanten

Gold-, Silber-, Platin-

Gegenstände aus Bruch  
kaufen unter strengster Disziplin

Schwarz

Seestraße Nr. 17,  
2. Stock  
Rein Gaben, nur 2. Stock

Tel. 17613

Empfohl. ja Schleswig-Holst. Meiereibutter  
(milchig-saftig), in Tons., à 100 Th., Doseholt à 9 pfid  
per Stücknahme zu den billigsten Zugespreisen  
John Petersen, Lübeck,  
Bodenburger Str. 53.

**Dessentliche  
Kundgebung.**  
Am Sonnabend, d. 8. April, abends 8 Uhr,  
spricht im grob. Saale des Vereinshauses  
**Dr. Karl Görler**-Dresden  
über:  
**„Vaterland, siehe fest!“**  
Sächsisches Volk, erscheine in Massen  
zu dieser Kundgebung, stärke durch dein  
Kommen der Regierung auf ihrem Wege  
nach Genua den Rücken!  
**Bürgerausschuss**  
für vaterländische Kundgebungen.  
Eintritt frei. Saalöffnung 7 Uhr.

**Berufs-Vorbildung**  
 Abteilung für männliche u. weibliche Schüler,  
**Ostern 1922 — 57. Schuljahr**

- I. Höhere Fortbildungs-Schule (Tagesvollschule - Lehr. Insegnung).
- II. Handelschule
  - a) für bejahrtere und jüngere Männer
  - b) für Frauen und Mädchen
  - c) für fbschulpflichtige junge Mädchen.
- III. Vorbereitung für die Beamtenlaufbahn.
- IV. Privat-Kurse für zumeist ältere Personen in Singelunterricht.

Sprechstunde 11—1, außer Sonnabends 4—5 Uhr.

**Klemich'sche Handels- und höhere Fortbildungs-Schule**

Dresden II 1, Moritz-Str. 3 (Telegr. 1350)  
 Meituna: L. O. Klemich

**Kohlenverkaufspreise  
für Hausbrandlieferungen.**

Artikel § 117 der Ausführungsbestimmungen vom 21. August 1914 zum Kohlenverkaufspreisgesetz vom 23. März 1912 wird angeordnet:

I. Um die Stelle der unter dem 7. März 1912 festgesetzten Verkaufspreise für Steinkohle und Briekello treten infolge von Kohlensteuer- und Frachterhöhungen bis auf weiteres folgende:

**Kleinverkaufsrichtpreise ab Bahnhofsladestraßen:**

	1 Ztl.	1 hl
a) Oberschlesische Steinkohle:	4,-	
Württel 1t und 2½t 1a . . . .	72,15	105,40
b) Mährisch-sächsische Briketts:		
Grossbriketts, grosse . . . .	43,80	61,45
kleine . . . .	45,50	64,-
Hausbrand-(Solen-)Briketts . . . .	43,80	—
140 Pfund 61,45,-		

II. Um übrigens sinden die Bestimmungen in Jäger VII des IX der Ratsbekanntmachung über Kohlenverkaufspreise vom 6. November 1911 sowie II die VI der Ratsbekanntmachung über Kohlenverkaufspreise vom 7. März 1912 entsprechende Anwendung.

III. Jeder Kohlenhändler, der Kohle an Hausbrandlieferanten ausgibt, hat die Bekanntmachung auszuschneiden und auf seinem Preisschild anzubringen, ebenso wie die Ratsbekanntmachung über den Ausdruck der Kleinverkaufspreise für Kohlen vom 27. März 1912.

Dresden, den 5. April 1922.  
**Der Rat zu Dresden.**  
**Vereinigte Strohstoff-Fabriken**  
in Dresden.  
Die Aktionäre unserer Gesellschaft werden hiermit zu  
sechzehndreihigsten ordentl.  
**Generalversammlung**  
auf Donnerstag, den 27. April 1922, vormittags  
11 Uhr, in dem Saal, sogenannter „E“ der Kaufmanns-  
schaft, Ostra-Allee 8, in Dresden, Eingang  
Mauergrüben, ergebnisfl eingeladen.  
**Tagessordnung.**  
1. Bericht des Geschäftsrätschefs über das Jahr 1921.  
Beurkundung über Genehmigung der Bilanz und  
Bewilligung des Reingewinns.  
2. Erledigung der Entlastung an Vorstand und Glu-  
cksspieler.  
3. Die Richtersatzmachten.  
4. Satzungsänderungen.  
Die Aktionäre, welche an der Generalversammlung  
teilnehmen wollen, haben gemäß § 16 der Satzung  
Scheine oder Depotscheine der Reichsbank oder öffentliche  
Haberner oder von Notären über jenseit, mindestens drei  
Geschäftsstage vor der Generalseiter ammlung, mitin-  
gielell am Sonnabend den 22. April d. J., bei der Ge-  
schäftsstelle der Gesellschaft in Coswig (S.) oder bei einer  
der Bankhäuser Dresdener Bank in Dresden, Berlin  
Frankfurt a. M. und Mainz und Würzburger Deut-  
schen Credit-Kontor, Abteilung Dresden, in Treschen, zu binden  
liegen.  
Bericht und Bilanz liegen bei unserer Geschäftsstelle  
in Coswig (Sachsen) sowie bei den oben genannten  
Bankhäusern zur Einsichtnahme der Aktionäre aus.

**Der Aufsichtsrat:**  
Gottlieb Paul Leonhardt, Vorleser.  
**Perlen Juwelen Brillanten** E. Waibel  
Gold- u. Silbersachen Juwelier n. Goldschmiedewirt.  
Bernkro. 11852 Johann-Georgen-Allee 7  
Fachm. Beratung Distr. Behandl. Verlust. Trogsch.

An advertisement for Möbel-Ausstellung Max Trips. The top half features the company name in a large, stylized, bold font. Below it, a smaller text block describes the range of furniture: 'Speise-, Herren-, Wohn- und Schlafzimmer sowie Einzelmöbel'. The bottom half shows a black and white photograph of a room interior. On the left, a sofa with a dark, patterned fabric is partially visible. In the center, there is a small round table with a dark base and a light-colored top. The floor is covered with a textured rug.

**KAMMIER-LICHT-SPIELE**  
WILSDRUPFER-STRASSE 29  
FERNRUF-17060

Täglich von 12-2 Uhr Gedruckt

# Ball-Anzeiger.

Donnerstag den 6. April:

## Balmengarten.

### Porzellanfabrik Kahla

Hierzurück machen wir bekannt, daß unter Biorbenenchein für das Jahr 1921 mit

**35% = M. 350,**

sowie einer Sondervergütung v. M. 150,—

bei der Direktion der Disconto-Gesellschaft, Berlin, der Mitteldeutschen Creditbank, Berlin, und deren Filiale in Leipzig, der Bank für Thüringen norm. B. M. Strupp & Co., Reichenberg, und deren Filiale, der Allgemeinen Deutschen Credit-Anstalt Leipzig und deren Niederlung in Dresden sowie deren Zweigstelle in Freiberg und bei unserer Geschäftsstelle eingelöst wird.

Leipzig, den 25. März 1922.

**Der Vorstand.**

---

## Schul-Ranzen

für Knaben und Mädchen  
Stück von 25,- bis 310,-

## Frühstückstaschen

zum Umhängen.

## Schreib-Etuis

mit und ohne Füllung.

## Blei- u. Zeichenstifte

A. W. Faber.

## Reißzeuge

für Schulen, Gewerbeschulen etc.  
in nur soliden Fabrikaten.

## J. Bargou Söhne

am Postplatz.

---

**ALLES, was Sie für den Garten brauchen!**  
Obst-Pflanzen,  
Blüthe-, Spiel-,  
Bienen-, Kirschen-,  
Waldbäume,  
Blattkämme u. Blüthe-,  
Rosen - Schmetterlinge  
und Erdbeeren.  
**Beerenobst** -  
Erdbeerplänen,  
**Hockenpflanz**,  
Tagus, Webers-  
baum, Weißhorn,  
Kastanien- u. Robinie.  
**Gärtnerseien** in  
seiner Qualität.  
Gartengeräte, Werkzeuge  
100 m Rullerrenn-  
Rodelweg polstert.  
**RH** Paul Hauber  
Großbaumschulen  
Dresden-Tolkewitz

Hilfe für alle gewerbe-  
habende und hand-  
werkerische Zwecke.  
Spezialitäten:  
Schleif- u. Teller-Blätter  
Wachsfärbefärberei.  
J. W. Schulze  
Dr.-W. J. Herkampfstr. 1

**Gelegenheit ! !**  
**Herrenstosse**,  
verwendbar für Mantel- und  
Kostüm, sehr preiswert.  
**Liebeskind**,  
Cirkusstraße 15, I. rechts.



Gamaschen-Kenner  
tragen „Peitsche“  
Suche sofort aus Preisel  
Preis erb. 300,-  
merkt 38. Schu-  
mann. 2 1220.

Schwere, längere  
**Achterpferde**  
(Stuten), gesucht.  
3jährige Kohlen

zu gemeinsamer  
Mietbewohnerverein  
Dresden.

Einladung zu einer  
Mitglieder-  
Versammlung

Freitag den 7. April  
abends 7 Uhr  
im den „Annen-  
Glockenplatz“

Tagesordnung:

1. Begrüßungen.
2. Wiederholung, in der
3. Sonstiges.

Eintritt nur geg. Mitglied-  
karte. Um zahlreicher  
Teilnehmer bitten

Der Vorstand  
G. Hermann, Vorsteher

Aller  
Tiersthub-Bet

in Dresden.

Einladung zur zu-  
ordentlichen Ha-  
versammlung Mit-  
tagen 12. April 1922 um  
7 Uhr im Glockenplatz

Tagesordnung: Berat-  
ung des § 6 der Satzung

Der Vorstand  
1. Vorstand, Beirat Dr.

Tanz. Priester-  
Tanzl. Koenecke u.  
Zehnsagge 2, am 11.  
April beginnen Tanz-  
Kurse. Nach einer  
wöchentl. Ausbildung -  
Beginn. Einzelbl. lehrt

Opernhaus  
Münzen  
7 Oper von W. D. Schubert: Berna f. Wilhelm Meister. Jede  
Oberario. Joli-  
Münzen. Merrem-  
Pohlins. Ende 10 Uhr.  
Dr. Volksschule: 6407  
Opernhaus: Dr. Te-  
odor Behrens, GbA. Die Sch-  
onen Schönau, GbA. Gis-  
(Palmon) Konzert, Der Freischütz.

Schauspielhaus  
Des Meeres  
7 Liebe Wall-

<p><b>Bur aus Priest rückt un er Discretion</b></p> <p><b>Perserleppich</b> sow. einige Brüderchen Offerien unter M.Z. 23 an die Crp. d. 12.</p> <p><b>Tafelklavier,</b> alles auf Baute, zu verh. Beichtl. bei Jitzsche, Spechthausen u. Torgondi. Gef. Uhr. u. Q. D. 73 Crp. d. 21.</p> <p><b>1 Paar 6jährige schwere Füchse,</b> pellend für Braueri oder schweres Fuhrwerk, Sehen zum Bethani Jordanstraße 16. Tel. 13098.</p> <p><b>Damentuch,</b> <b>Piano</b> in Qual., mit Seidenglanz, in eleg. Kleid. u. Stoffen verf. billigst. Probe-Preis. Max Niemer, Sommerfeld, Kl.-U.</p> <p><b>U. ältere Utherpferde</b> verkauft</p> <p><b>Rittgl. Obergebälzig</b> bei Weichenberg i. Sa.</p> <p><b>Eiche zu hausen</b> 2 oder 3 Stück</p> <p><b>Pferde</b></p> <p>aus Priest in die Landwirtschaft. Off. v. P. G. 53 an die Crp. d. 21. erbeten.</p> <p><b>Fuchs-Wallace</b>, 1,15 d. 7 J. all. mit Tschm. u. Gesch. zu verh. Kaufm. Kaufber. an Frau Dr. Gurnik, Gehlenreiter Str. 61. Gebauer.</p> <p><b>Hühnerhund</b>, 7½ Mon. alt. zu verhauen. Gelbholz Rennersdorf bei Cellebande.</p> <p><b>Hinterlader</b>, gebrändl. zu verhauen. Anzubieben bei Sonnig. Allgäuberg i. Sa., am Banne.</p> <p><b>Kederlatzelwagen</b>, 2½ Jhr. wie neu. 1 runder Tisch und kleiner Wachhund zu verhauen. Hahn, Strassen 65. Schild. Schme.</p> <p><b>Gaat-</b> <b>Kartoffeln</b>, Weißkraut u. Würstchen, bei obigen <b>Sennowald, Schmarren</b></p> <p><b>Hafer</b> (auch vor Soal gebränt) verhauft Franz Rosslig, Dresd.-Gossegeft. Germpr. Krebschließ Nr. 970.</p> <p><b>Leutwitz, b. Körnig</b> Herr Oberpriester Rauber Raucheres Janike Ende 1,11 Uhr. Spielmann: Mr. Schleier auf Tauris. Obd. 100 Teil. Oba.: Grusenies. Hofmanns 1200.</p> <p><b>Neustädter</b> <b>Schauspielha</b></p> <p><b>1/8 Der Schuhmacher</b> Schwank von G. v. Berger Villa Gräfinne v. Wenckebach Schäffer Wba. Wiers Doris Stabler Ende 1,10 Uhr. Gr.: Im weinen 2.</p> <p><b>Residenz-Thea</b></p> <p><b>1/28 Alpenmette</b> Operette von G. Peter Prangolin Star Genel Boleska Wal Jossi Müller 3. Jorina Star Julian Ver Giana 2. Ge Ende 10 Uhr. Gr.: Alpenmette</p> <p><b>Central-Thea</b></p> <p><b>1/8 Das Delikatessen</b> Operette von G. Gen. Union Wal Abrienne Finn Clara Finn Paul Sig Ende 10½ Uhr. Gr.: Das Delikatessen</p> <p><b>Berolin. her d. reibahn</b> Tel.: Dr. H. Stein Dresden; für die Crp. Dr. Steinbürger, Dr. Das heut. Blatt ents. 12. einfach d. im Dresden e vorher erbeten. Datum</p>
---